Menschenrechtler dringen auf Freilassung der Mädchen von Chibok

13. April 2017

Göttingen/Abuja (KNA) Zum dritten Jahrestag der Entführung von 219 Schülerinnen im nigerianischen Chibok fordern Menschenrechtler und Religionsvertreter von der Regierung mehr Anstrengungen für ihre Freilassung.

195 Mädchen seien weiterhin verschwunden, so die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Mittwoch in Göttingen. Sie waren am 14. April 2014 verschleppt worden. Ihr Schicksal stehe beispielhaft für das Schicksal der Zivilbevölkerung im Nordosten Nigerias, sagte GfbV-Afrikaexperte Ulrich Delius. Zudem werden laut GfbV ständig weitere Zivilisten von der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram entführt, zuletzt Anfang April 22 Mädchen und Frauen. Dies sei ein „deutliches Zeichen dafür, wie wenig Nigerias Strategie zu dauerhaftem Frieden führen wird“, so Delius.

Abujas Kardinal John Onaiyekan appellierte an die nigerianische Regierung von Präsident Muhammadu Buhari, Maßnahmen zu ergreifen, um den Verbleib der Mädchen zu klären. Die Eltern, Familien und auch alle anderen Nigerianer müssten erfahren, was den Entführten widerfahren sei, betonte Onaiyekan Medienberichten zufolge. „Sie können nicht einfach verschwunden sein.“

Am Dienstag hatte der Kardinal an einem Protestmarsch der Kampagne „Bring back our Girls“ teilgenommen. Die Initiative fordert in dieser Woche mit zahlreichen Aktionen verstärkte Anstrengungen zur Befreiung der Mädchen.

Laut dem UN-Kinderhilfswerk Unicef werden zudem immer mehr entführte Kinder in den zentralafrikanischen Konfliktgebieten von Boko Haram zu Selbstmordattentaten gezwungen. Einem Unicef-Bericht zufolge sprengten sich in den ersten drei Monaten dieses Jahres 27 Jungen und Mädchen an öffentlichen Plätzen in die Luft, gegenüber neun im Vorjahreszeitraum.

Die meisten Kinder seien Mädchen gewesen, heißt es in dem in New York vorgestellten Report. Boko Haram entführe gezielt und in großem Stil Minderjährige, um sie als Selbstmordattentäter zu missbrauchen. „Diese Kinder sind Opfer, keine Täter“, sagte die Unicef-Direktorin für Zentralafrika, Marie-Pierre Poirier, bei der Veröffentlichung des Berichts. Es handle sich um den schlimmst möglichen Missbrauch von Kindern in Konfliktgebieten. Laut Unicef starben 2014 in den Ländern Nigeria, Tschad, Niger und Kamerun noch vier Kinder durch die Zündung ihrer Sprengladungen; 2015 waren es bereits 56 und 2016 insgesamt 30 Jungen und Mädchen.

(KNA – rkolm-89-00035)

Stand: 25. November 2026